

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Berufliche Bildung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß es auch in diesem Jahr gelungen ist, nahezu allen Jugendlichen, die sich um eine Lehrstelle bewerben, einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Die uns vorliegenden Zahlen weisen aus, daß sich mit diesem Ausbildungsjahr die große zahlenmäßige Überlastung des dualen Systems dem Ende zuneigt. Der Deutsche Bundestag erkennt ausdrücklich die große Anstrengung an, die die ausbildende Wirtschaft – Handwerk, Handel, Industrie und Freie Berufe – aber auch die öffentliche Verwaltung unternommen haben und dankt ihnen dafür.
2. Die Ausbildungsplatzbilanzen der vergangenen Jahre weisen aus, daß es richtig war, auf das freiwillige Engagement und das Verantwortungsbewußtsein der ausbildenden Wirtschaft zu setzen. Der Deutsche Bundestag anerkennt, daß die Bundesregierung der Wirtschaft durch die Verbesserungen der Rahmenbedingungen diese Aufgabe erleichtert hat.
3. Der Deutsche Bundestag dankt aber auch den Ländern und Kommunen, die mit ihren beruflichen Schulen und ihren sonstigen Fördermaßnahmen zu dem Erfolg beigetragen haben. Die Herausforderung der geburtenstarken Jahrgänge hat hohe Anforderungen an die beruflichen Schulen gestellt. Die beruflichen Schulen und ihre Lehrer haben sich dieser Aufgabe gestellt und sie erfolgreich bewältigt. Damit haben sie einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherung des hohen, international anerkannten Qualitätsstandards unserer Berufsbildung und zur Zukunftssicherung unseres Landes geleistet.
4. Berufliche Bildung und Weiterbildung müssen in Zukunft stärker als heute als Einheit gesehen werden. Der zunehmende Einsatz moderner Techniken, die Schnelligkeit der technologischen Weiterentwicklung sowie damit verbunden die sich rasch wandelnden Qualifikationsprofile führen dazu, daß das in der Berufsausbildung erworbene Wissen immer weniger ein Leben lang ausreicht. Diesem Wandel muß die berufliche Bildung Rechnung tragen. Wir haben in der Bundesrepublik

Deutschland eine große Vielfalt beruflicher Weiterbildungsangebote und -träger. Diese notwendige Vielfalt der Angebote entspricht der Vielfalt der Weiterbildungsanforderungen.

5. Im Konzept der Angebotsträger spielen die überbetrieblichen Ausbildungsstätten eine wichtige Rolle. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, für die aufgrund der technologischen Weiterentwicklung erforderliche Modernisierung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten, die notwendig ist, um den hohen Qualitätsstandard unserer beruflichen Bildung auch in Zukunft zu sichern, eine Konzeption zu entwickeln und diese dem Deutschen Bundestag bis zum Sommer des nächsten Jahres vorzulegen.
6. Die Bundesregierung hat zur Bewältigung der schwierigen Ausbildungsplatzproblematik in den vergangenen Jahren eine Vielzahl flankierender Maßnahmen durchgeführt wie z.B. die Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes, des Schwerbehindertenrechts, der Arbeitsstättenordnung sowie des Arbeitsförderungsgesetzes. Zu diesen Maßnahmen gehörte auch die erhebliche Ausweitung des Benachteiligtenprogramms. Die Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher wird auch in Zukunft zu den Aufgaben gehören, denen sich die Bundesregierung zu stellen hat. Es ist aber schon heute festzuhalten, daß das bestehende Programm sowohl in qualitativer als auch quantitativer Hinsicht den sich verändernden Anforderungen angepaßt werden muß. Es muß das oberste Ziel sein, darauf hinzuwirken, daß möglichst viele der betroffenen Jugendlichen ihre Ausbildung auf einem betrieblichen Ausbildungsplatz beenden können. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dies bei der weiteren Ausgestaltung des Programms zu beachten.

Bonn, den 22. Oktober 1986

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Mischnick und Fraktion